



CDU-CSU Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Berlin, 30. Januar 2026

Rundschreiben zum Abschlussbericht der Kommission zur Sozialstaatsreform

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Sozialstaatsreformkommission hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Wir danken dem federführenden Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den beteiligten Ministerien, den Ländern sowie den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich für die engagierte und konstruktive Zusammenarbeit. Die 26 Empfehlungen wurden einstimmig beschlossen und enthalten ambitionierte und mutige Reformvorschläge. Sie greifen zentrale Ziele aus dem Koalitionsvertrag auf und bilden eine gute Basis, um nun zügig und gezielt Reformen anzugehen.

Unser Anspruch ist klar: Wir wollen eine grundlegende Modernisierung der steuerfinanzierten Sozialleistungen. Ziel ist es, die bislang getrennten Leistungen – Wohngeld, Kinderzuschlag, Neue Grundsicherung (SGB II) und Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) – zusammenzuführen und zu vereinheitlichen. Wir wollen ein einheitliches Sozialleistungssystem schaffen, gebündelt in einem Gesetz. Das ist ambitioniert und notwendig. Bund, Länder und Kommunen müssen diesen Weg gemeinsam gehen – allein wird es nicht gelingen.

Die Kommission empfiehlt eine möglichst einheitliche Verwaltung für das neue Sozialleistungssystem zu schaffen. Eine Grundgesetzänderung wird hierfür nicht zwingend vorausgesetzt. So kann ein einheitliches Leistungsgesetz anstelle von heute vier, künftig durch zwei Behörden umgesetzt werden (Jobcenter/zugelassene kommunale Träger für Erwerbsfähige; Sozialämter für nicht erwerbsfähige Personen). Das wäre bereits eine große Vereinfachung. Entscheidend ist, dass dieses Reformvorhaben noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen wird.

Marc Biadacz MdB • Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Peter Aumer MdB

Dr. Markus Reichel MdB

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • www.cducusu.de

Aus Sicht der Union sind vier Punkte besonders hervorzuheben:

Erstens: Wir machen den Sozialstaat schlanker. Leistungen werden zusammengelegt, Zuständigkeiten klarer und Verfahren transparenter. Weniger Bürokratie, schnellere Hilfe und direkter Zugang für die Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt.

Zweitens: Wir sorgen dafür, dass sich Arbeit wieder mehr lohnt. Die Arbeit in der Kommission hat deutlich gezeigt, dass bestehende Transferentzugsraten falsche Anreize setzen. Wer mehr arbeitet, muss am Ende auch mehr auf dem Konto haben. Wir wollen die Aufnahme oder Ausweitung von Erwerbsarbeit belohnen, indem sehr geringe Einkommen künftig stärker auf die Sozialleistungen angerechnet werden, höhere Einkommen weniger stark. Das ist ein essenzieller Schritt zur Ankurbelung des Arbeitsmarktes und unserer Wirtschaft, aber auch zur Entlastung der Staatsfinanzen. Die Verbesserung der Erwerbsanreize darf deshalb nicht auf die Einführung eines neuen Gesamtsystems verschoben werden. Vielmehr wollen wir dieses wichtige Vorhaben bereits im Rahmen der für das Frühjahr verabredeten Reform „Neue Grundsicherung II“ umsetzen.

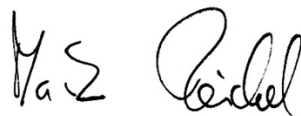
Drittens: Wir entlasten die Verwaltungen und sparen damit Zeit und Geld. Ziel ist es, das ineffiziente Hin und Her zwischen Behörden zu beenden und Verfahren zu vereinfachen. Wo immer möglich, sollen Leistungen pauschalisiert und automatisiert ausgezahlt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen sollen wieder mehr Zeit für die Menschen haben – nicht für Papier. Hier erwarten wir konkrete Maßnahmen schon im kommenden halben Jahr.

Viertens: Wir treiben die Digitalisierung konsequent voran. Dafür nehmen wir die Investitionskosten in Kauf, denn wir wissen, dass sich die Verwaltungskosten auf lange Sicht enorm reduzieren werden, nicht zuletzt vor Ort bei den Kommunen. Ein zentrales digitales Sozialportal mit klaren Zuständigkeiten und einheitlichen Standards ist der Schlüssel für einen modernen Sozialstaat. Dafür sollten BMAS und BMDS in dem gemeinsamen Expertengremium in den kommenden Monaten den Grundstein legen. Ein Antrag, ein Portal, transparente Entscheidungen – so stellen wir uns die soziale Sicherung der Zukunft vor.

Der Abschlussbericht bietet dafür eine tragfähige Grundlage. Jetzt kommt es darauf an, Tempo zu machen, Prioritäten richtig zu setzen und die angekündigten Reformen zügig umzusetzen. Ein moderner Sozialstaat muss nicht kompliziert sein – er muss funktionieren.



Marc Biadacz MdB



Dr. Markus Reichel MdB



Peter Aumer MdB